

Syrische Großfamilie löst Debatte über Mindestsicherung in Wien aus

Eine syrische Großfamilie erhält 4.600 Euro Mindestsicherung und Wohnbeihilfe in Wien, was zu öffentlicher Empörung und politischer Debatte führt.

NACHRICHTEN AG
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Ein komplexes Thema: Sozialleistungen für eine syrische Großfamilie in Wien

Ein aktueller Fall aus dem Wiener Bezirk Landstraße hat eine hitzige Diskussion über österreichische Sozialleistungen entfacht. Die Offenlegung des Einkommens einer syrischen Großfamilie von 4.600 Euro monatlich aus Mindestsicherung und Wohnbeihilfe hat für erhebliche öffentliche Empörung gesorgt.

So setzt sich die finanzielle Unterstützung zusammen

Die neun Mitglieder umfassende Familie erhält folgende

Sozialleistungen: Die beiden Erwachsenen bekommen jeweils 809,09 Euro monatlich, ergänzt durch einen Zuschlag von 51,01 Euro pro minderjährigem Kind. Für jedes der sechs förderungsberechtigten Kinder kommen noch 312,08 Euro hinzu. Ergänzt wird diese Unterstützung durch einen Mietzuschuss von nahezu 1.000 Euro, um sicherzustellen, dass die Familie ihre Wohnkosten decken kann. Diese Beträge summieren sich auf insgesamt 4.600 Euro pro Monat.

Ein umstrittenes Thema bei Politikern

Die FPÖ sieht in diesem Fall eine Bestätigung ihrer Kritik an der Wiener Sozialpolitik. FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss zeigt sich empört und fordert, dass nur österreichische Staatsbürger Anspruch auf Mindestsicherung haben sollten. Unter dem Slogan „Wir stoppen diese Zahlungen“ plant die FPÖ, dieses Thema im Wahlkampf gegen Nicht-Österreicher zu nutzen.

Die Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) schließt sich der Kritik an und argumentiert, dass die Sozialleistungen erst nach fünf Jahren Aufenthalt gewährt werden sollten, um den Zustrom in das Sozialsystem zu reduzieren. Raab betont die Notwendigkeit, Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in das Sozialsystem zu lenken, um so die Debatte um die Mindestsicherung weiter zu befeuern.

Positionierung der SPÖ und Verteidigung der Sozialleistungen

Sozialstadtrat Peter Hacker (SPÖ) verteidigt die Mindestsicherung vehement. Er argumentiert, dass die Mindestsicherung ausgezahlt werden müsse, um Familien vor Armut zu schützen und ihnen das Überleben zu sichern. „Jedes Kind in Wien soll die gleichen Chancen haben, ungeachtet seiner Herkunft“, so Hacker. Er betont, dass ohne diese Unterstützung viele Familien in absolute Armut gedrängt würden, was keine Option sei und Wien unsicherer machen würde.

Was hatte es mit den Sozialleistungen auf sich?

Die Aufregung um die Auszahlung der Mindestsicherung ist nicht neu. Bereits seit mehreren Wochen beschäftigen die Sozialleistungen für subsidiäre Schutzberechtigte die politische Bühne in Wien. 62 Prozent der Empfänger von Mindestsicherung in Wien sind Ausländer, darunter viele mit Asyl- oder subsidiärem Schutzstatus. Besonders hoch ist der Anteil syrischer Staatsbürger, die 74 Prozent dieser Unterstützungsempfänger stellen.

Rolle des Bundes und mögliche Veränderungen

Es stellt sich die Frage, wie die Politik solche Situationen in Zukunft verhindern könnte. Eine Möglichkeit wäre die Einführung von strengeren Regelungen und Kontrollen bei der Vergabe von Sozialleistungen. Auch könnten Maßnahmen zur besseren Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt ergriffen werden, um die Abhängigkeit von Sozialleistungen zu reduzieren.

Zusammengefasst zeigt dieser Fall die Komplexität und Vielschichtigkeit der Debatte um Sozialleistungen und Zuwanderung auf. Eine differenzierte Betrachtung und eine sachliche, durchdachte Politik könnten helfen, die hitzigen Diskussionen in konstruktive Lösungen zu überführen.

- **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de